

Dresdner Volkszeitung

Postkassentel.: Dresden,
Raben & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verantwortl.:
Wdr. Krensch, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altestadt

Abonnementpreise: Bringerlohn monatlich 4000.— M., durch die Post bezogen monatlich 4000.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 1250.— M., Einzelnummer 150.— M., Sonnabendnummer 200.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Verlagsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Verlagszeitung von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreise: die halbspaltige Komposition 400.— M., auswärts 500.— M., die halbspaltige Reklamezeile 1500.— M., auswärts 1800.— M., Ausland 2400 u. 7500 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung, Familienanzeigen, Stellen- u. Dienststellen 40 Proz. Rabatt. Für Kleinanzeigen 150 M.

Nr. 58

Dresden, Freitag den 9. März 1923

34. Jahrg.

Sie ändern sich nicht!

Nach wie vor ist die bürgerliche Presse angefüllt von mehr oder weniger schönen Artikeln über die Einheitsfront, die heute das ganze deutsche Volk vom Schlossbaron und Großhändler bis zum letzten Arbeiter ein. Was zu dem Kapitel Einheitsfront zu sagen ist, haben wir schon oft genug gesagt. Wir sind uns allerdings mit den bürgerlichen Parteien darin einig, daß der französische Gewaltstreich gegen unser Volk mit allen Kräften abgewehrt werden muß. Aber wir haben keinen Grund, deswegen den Kampf für die Rechte und Interessen der Volksmassen zurückzusetzen, wissen wir doch, daß die Reaktion erst recht nicht an so etwas wie einen Waffenstillstand denkt. Im Gegenteil, die Nationalisten nähern die Not unsres Volkes kräftig für sich aus, die Hölzer und Wäpfe glauben, daß ihr Weizen jetzt blühen wird, wie nie zuvor.

Mancherlei Lob bekommen wir über den Opfermut der Arbeiter, Angestellten und Beamten im Ruhrrevier zu hören, und wenn man die bürgerliche Presse liest, so möchte man beinahe annehmen, daß sich unsere besitzenden Klassen an dem Opfermut der Ruhrarbeiter ein Beispiel nehmen. Leider bekommen wir davon nicht allzuviel zu hören. An dem Verhalten unserer Produzenten und Händler hat sich gegen früher nicht das geringste geändert. Ein jeder nimmt, sobald er irgend bekommen kann. Obgleich der Wert der Mark gestiegen ist, sucht man die Preise hochzuhalten, so lange es geht, und nur der Streik der Käufer erzwingt allmählich einen oft nur allzu spärlichen Preisabbau, der im Schneidtempo vor sich geht, während sich die Preise, als der Dollar stieg, mit Schnelligkeitsgeschwindigkeit nach oben bewegten. Selbst einem Mann wie der deutschnationalen Kreuzzeitung ist die Sache zu dumm geworden. Sie schreibt von der Erbitterung, die mit Recht in weiten Verbraucherkreisen herrscht. Was wir jetzt erleben, ist uns nichts Neues, galt doch in den langen Jahren des Krieges für alles, was da handelte und produzierte, trotz aller vaterländischen Begeisterung der Grundsatz: Wer im Kriege nicht verdient, der verdient den Krieg nicht.

Wenn von Opfermut und Opferwillen die Rede ist, dann betonen unsere Agrarier sehr gern darauf, daß sie erhebliche Mengen Nahrungsmittel für die Ruhrhilfe spendeten, und daß sie sich bereit erklärt haben, tausende Ruhrkinder zu sich zu nehmen. Genosse Hellisch hat vor einigen Tagen den freilich durch sehr enttäuschten Agrariern im sächsischen Landtag zugerufen, daß sie das, was sie etwa für die Ruhrhilfe opfern, reichlich an den hohen Viehpreisen verdienen, die eben deswegen so hoch gestiegen sind, weil infolge des starken Bedarfs des Befehlshabers große Mengen Vieh für hohe Preise nach dem Westen gehen.

Es hat nicht viel Zweck, diese Dinge mit viel Moralik zu behandeln. Mag auch der einzelne in seinem privaten Leben gelegentlich bereit sein, für seine notleidenden Mitmenschen hier und da etwas zu tun, sowie das Geschäft anfängt, hört für den kapitalistischen Menschen alle Wohlthätigkeit auf. Er kann aus seiner Haut nicht heraus. Er würde geradezu gegen seine Natur handeln, wenn er nicht im Geschäftsleben seine Interessen rücksichtslos wahrnähme; und daß daran auch schwingende Zeitungsartikel von Opferwilligkeit und Patriotismus nichts ändern, zeigt uns die einfache Erfahrung. Noch nirgends haben die Kapitalisten aus Patriotismus darauf verzichtet, gute Geschäfte zu machen, wenn solche Geschäfte eben zu machen waren. Aber wenn man von dem einzelnen, der nun einmal das Produkt seiner Zeit ist, auch nicht erwarten kann, daß er auf einmal den kapitalistischen Adam obliegt, sowie auf dem geduldeten Papier die Barocke Opfermut und Einheitsfront ausgegeben wird, könnte man da nicht von den politischen Parteien und den Führern der wirtschaftspolitischen Organisationsgruppen fordern, daß sie bei ihrem politischen Verhalten wenigstens etwas Rücksicht auf die in ihren eigenen Blättern ausgegebenen Parolen nehmen? Aber auch davon merken wir verdammt wenig.

Sur Pitt ist der Reichstag damit beschäftigt, wesentliche Steuererleichterungen für die Besitzenden zu schaffen. Das Bankgeheimnis soll aufgehoben werden, damit der Staat den Ränken kapitalistischer Steuerdrückberger nicht so leicht auf die Spur kommen kann. Man denkt gar nicht daran, so weit als nur irgend möglich die Ungerechtigkeit zu beseitigen oder auch nur zu mildern, die darin besteht, daß Arbeiter und Anwerfliche infolge des Lohnrückganges ihre Steuern sofort bei Erhalt ihres Lohnes bezahlen, während der Kapitalist seine Steuern nach Jahresfrist in entwertetem Gelde entrichtet. Davon, daß die Zwangsanleihe der Geldentwertung gehührend angepaßt wird, ist erst recht keine Rede, und gegen die Erfassung der Sachwerte, gegen die Beteiligung des Reiches an dem Besitz von Industrie und Landwirtschaft sträuben sich die bürgerlichen Parteien nach wie vor, obgleich gerade jetzt höchste Zeit für die Erfassung der Sachwerte wäre,

weil wir dadurch eher eine internationale Anleihe bekommen und so eine Lösung des Reparationsproblems erleichtern könnten. Die agrarischen Organisationen scheuen sich nicht, in aller Öffentlichkeit darüber zu klagen, daß der Umlagepreis nicht hoch genug ist, obgleich jetzt die Umlagepreise über dem Weltmarktpreis stehen. Kurz und gut, wir sehen, daß die bürgerlichen Parteien und die Organisationen der Agrarier und Kapitalisten trotz der Not des Volkes auch im politischen Kampfe ihre Interessen so rücksichtslos wahrzunehmen wissen, wie sie das stets getan haben.

So wird den Massen des deutschen Volkes ein recht deutlicher Anschauungsunterricht darüber erteilt, was es mit der Einheitsfront auf sich hat. Auf unsere Stellung zu dem französischen Einbruch kann natürlich das Verhalten der bürgerlichen Parteien nicht den geringsten Einfluß haben. Die deutsche Sozialdemokratie ist stets der Vergewaltigung und Unterdrückung fremder Völker entgegengetreten, um so mehr haben wir das Recht, uns zu wehren, wenn dem deutschen Volk so bitteres Unrecht getan wird. Aber die proletarischen Massen des deutschen Volkes haben allen Grund, sich das Verhalten der bürgerlichen Parteien recht gründlich zu merken. Es befähigt sich auch in dieser Zeit die alte Lehre, daß wir nur im Kampf den besitzenden Schichten Zugeständnisse abringen können. Darum gilt es für die Arbeiterschaft, die wirtschaftlichen und politischen Kampforganisationen des Proletariats und die sozialistische Presse noch kräftiger zu stärken.

Die bayerische Zerfetzung

München, 8. März (Eig. Drahtl.).

Ueber die fünfzehn Verhaftungen wegen des Vertriebes eines Reichsrats fehlen noch immer nähere amtliche Angaben. Unser Parteiorgan, die Münchener Post, richtet an das Vorstandsmitglied der Vereinigten Vaterländischen Verbände, Minister Roth, die Frage, ob er nicht Auskunft geben

könne, welchen Gruppen oder Geheimorganisationen die Verhafteten angehören, und deutet an, daß der soeben erfolgte Rücktritt des Herrn v. Kahr vom Vorsitz der Vaterländischen Verbände im Zusammenhang mit den Verhaftungen steht.

In unterrichteten Kreisen weiß man anlässlich der Verhaftungen auf eine Rede des Münchener Großindustriellen Dr. Tafel, des Vorsitzenden des bayerischen Ordnungsbundes, vom 8. November 1921 hin. Diese Rede wird als augenblicklich höchst aktuell bezeichnet, da sie die geheimsten Absichten eines Teiles der bayerischen Rechtsradikalen enthüllt. Dr. Tafel bekannte sich damals zu folgenden Anschauungen: „Die Berliner Regierung erweist sich als unfähig, der vielen Kräfte in Deutschland Herr zu werden. Der Reichswagen rollt unaufhaltsam dem Abgrund zu und muß früher oder später zerfallen. Darum ist es klüger, das gefährliche Fahrzeug zu verlassen, so lange es noch Zeit ist. Bayern muß sich von Berlin unabhängig machen; Bayern ist kein selbständiges Wirtschaftsgebiet, folglich muß es sich an eine Großmacht anschließen; diese Großmacht kann nur Frankreich sein.“

Die Verhaftung des Fuchs und Wachhaus bedeutet einen weiteren Schritt zur Reinigung der politischen Atmosphäre. Auch in den Kreisen der äußersten Rechten in Bayern macht die Erkenntnis von der Gefährlichkeit, der Landesverräterischen Neigung der Bittinger, Tafel und Konforten Fortschritte. So ist erst vor kurzem der Gesamtvorstand des Bundes Bayern und Reich, an der Spitze Dr. Bittinger, gefügigt und durch rechtstreueren Elemente ersetzt worden.

Zu französischem Golde?

München, 8. März. (Eig. Drahtl.). In führenden Kreisen der bayerischen Linksparteien bezeichnet man die Verhafteten Fuchs und Wachhaus als die Agenten des französischen Goldes in Wien, Klagenfurt und Bildung einer Donauländerföderation unter französischem Protektorat. Das energische Zugreifen der bayerischen Staatsregierung gegenüber solchen offenkundigen Landesverräterischen Bestrebungen ist zu begrüßen. Allerdings läßt die bayerische Staatsregierung gegenüber andern rechtsradikalen Bestrebungen, vor allem der Rationalisierungs, die in ihrer Wirkung ebenfalls als landesverräterisch zu bezeichnen sind, vorläufig noch jede Initiative vermissen.

Weltkonferenz und Schuldenerlaß

Ein Plan der englischen „Internationalen“

Lord James bezieht sich die „Internationale Gruppe“ von Mitgliedern des Unterhauses mit einer Denkschrift über die Frage der Fundierung der internationalen Schulden, in der es heißt:

In naher Zukunft könnten die in Rußland eingetretenen Veränderungen des politischen Kurzes zu einer wirtschaftlichen Vereinbarung mit Rußland führen. Schwierig scheint es augenblicklich zu sein, mit Frankreich zu einem praktischen Übereinkommen zu gelangen.

Einem Wirtschaftsbündnis zwischen England, Rußland, Deutschland und den Vereinigten Staaten würde selbst die erste Weltwirtschaftskrise nicht überstand leisten können.

In der Frage der internationalen Schulden könnte das Rettungswerk jedoch am leichtesten begonnen werden. Großbritannien soll entweder durch den Völkerbund oder direkt die Vereinigten Staaten ersuchen, eine

Weltkonferenz

einguberufen, zu der ebenso wie die übrigen Mächte auch Deutschland und Rußland einzuladen wären. Wenn Übereinstimmung der Ansichten auf einer solchen Konferenz erzielt würde, so würde der wirtschaftliche Druck beträchtlich sein. Die Schuldenfrage hängt im Kern von der Regelung der deutschen Reparationen ab. Gegenwärtig sei es Deutschland wahrscheinlich unmöglich, überhaupt etwas zu bezahlen.

Folgender Vertrag wird vorgeschlagen:

1. Deutschland soll insgesamt 2000 Millionen Pfund Sterling zahlen.

2. Die Alliierten rechnen ihre Schulden gegeneinander auf.
3. Es würden dann freibleiben: Großbritannien 1200 Millionen, die Vereinigten Staaten 1300 Millionen, Frankreich 400 Millionen, Italien 10 Millionen, die Dominions 30 Millionen, die übrigen Staaten 6 Millionen Pfund Sterling.

4. Deutschland muß ausreichen Bürgschaften stellen.

5. Deutschlands Gesamtschuld wird fundiert und ihm ein Moratorium von mindestens zwei Jahren zur Ordnung seiner Finanzen bewilligt.

6. Die verschiedenen Länder garantieren die westlichen Grenzen Frankreichs in Übereinstimmung mit dem Friedensvertrag. Frankreich sieht sich auf eine Linie zurück, die es vor dem Einbruch ins Ruhrgebiet einnahm.

7. Obiges wird, sofern es von Großbritannien gutgeheißen wird, den Vereinigten Staaten mit dem Ersuchen um Annahme unterbreitet. Nach Annahme werden die Vereinigten Staaten ersucht, eine Weltkonferenz einzuberufen oder mit Großbritannien bei der Fundierung einer solchen Konferenz zusammenzuwirken und die notwendigen Vorbedingungen zu treffen.

Begünstigt Rußlands erklärt die Denkschrift, es sehe nicht an, denjenigen, daß eine Veränderung in der Politik der russischen Re-

gierung sich vollziehe, und es könne angenommen werden, daß es jetzt bereit sei, Sicherheiten zu geben, die die übrigen Nationen veranlassen würden, die do-jure-Anerkennung auszusprechen.

Schlußfolgerung:

Wenn die Finanzlage wie oben ausgeführt geregelt würde, würde wahrscheinlich eine kommerzielle und industrielle Verbindung zwischen den Westmächten Englands, Amerika, Deutschlands und der übrigen Länder zustandekommen, die bereit seien, an dem Wiederaufbau der Welt mitzuwirken.

Eine Drohung Bonar Law's

Der Arbeiterführer Thomas sagte im englischen Unterhaus: wenn Frankreich Reparationen wolle, so könne nicht bestritten werden, daß es vor der Befehung mehr Kohlen in zwei Tagen erhalten habe, als es in den letzten sechs Wochen erhielt. Ferner seien Beweise dafür vorhanden, daß Frankreich sich einem Stunde ausgehau habe, um das zu tun, was es heute tue. Er verlas ein Telegramm, das er aus Berlin vom Gewerkschaftsführer Pimm erhalten habe, in dem mitgeteilt wird, daß deutsche Eisenbahnen in französischen Diensten eine Erklärung unterzeichneten müßten, in der sie den Reimstundentag annehmen und sich verpflichten, für die französische Rheinterritorien zu wirken.

Bonar Law führte aus:

„England ist Kriegsmüde, aber ich lang dem Hause versichern, daß, wenn die Wünsche, für die in zahlreichen Reden eingeklagt worden ist, nicht angenommen werden würden, man nicht die Entente zu erhalten, weitergehen und sich auf Möglichkeiten vorbereiten muß.“

feinen Willen Frankreich durch einen Krieg aufzulösen.

Das ergebnis als das unvermeidliche Ergebnis dieser Schlußfolgerung. Er würde sich nicht im mindesten der Annahme eines Verfahrens, das die Franzosen angewandt hätten, widersetzen, wenn es erfolgt wäre, um die Forderungen zu sichern, von denen er denke, daß Deutschland sie erfüllen könne. Deutschland könne sie jedoch nicht erfüllen. Daher sei er der Ansicht gewesen, daß er verpflichtet gewesen sei, im Namen der britischen Regierung sich von der französischen Regierung abzusondern.“

Diese Äußerungen Bonar Law's sind in einem so ungewöhnlich scharfen Ton gegen Frankreich gerichtet, daß man auf das Echo in Paris gespannt sein darf. Um jedoch keine falschen Hoffnungen auf ein Eingreifen Englands zu erwecken, weisen wir darauf hin, daß Bonar Law es erst vor zwei Tagen abgesehen hat, in diesem Augenblick vermittelnd in die Ruhrkrise eingzugreifen. Wie weit die obenstehenden Äußerungen des englischen Ministerpräsidenten auf innerpolitische Strömungen des englischen Ministerpräsidenten nicht bestimmen. Immerhin ist es bezeichnend, daß Bonar Law heute schärfere Worte gegen Frankreich gebraucht als selbst Lloyd George. Aber — es sind nur Worte!